

Die „Freiheit“ erscheint wochens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur wochens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg eine Mark und vierzig Pfennig. Bei Zustellung unter Straßenschild 1.-III. Die „Freiheit“ ist in den ersten Anträgen der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtzehnte Nonparillzeile oder deren Raum 1,00 Mk. Westpreußen das jeftgebrachte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Kreuzungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Verfammlungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Kurt Roden 2768

# FREIHEIT

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Neue Anklagen gegen Koste.

## Der Fall Koste.

Die reaktionäre Presse ist eifrig bemüht, ihre Reinhard und Koste zu schädigen, indem sie frampfhaft die Behauptung aufrecht erhält, daß Herr Neuenhof ein Schwindler sei.

Wir haben schon gesagt, daß diese persönliche Seite völlig gleichgültig ist und es sich nur darum handelt, daß Koste zur festesten Stütze der monarchischen Offiziere geworden ist, die unablässig bemüht sind, die Reichswehr in worden ein Instrument der Gegenrevolution umzuwandeln. Selbst der „Vorwärts“ muß erklären, daß es einen Fall Neuenhof dort nicht gibt, aber auf der anderen Seite ist er frampfhaft bemüht, einen Fall Koste zu leugnen. Für ihn gibt es nur die Angelegenheit Reinhard. Der Grund ist klar. Die Rechtssozialisten sind alle auf Gebeiß und Verderb so eng miteinander verbunden, daß sie es nicht wagen können, einen von ihnen fallen zu lassen. Und noch dazu den Koste mit dem sie sich immer wieder feierlich solidarisch erklärt haben. Deshalb die Verlogenheit des „Vorwärts“, der zwar sehr gerne den Obersten Reinhard geopfert haben möchte, aber Koste verteidigen muß.

Deshalb wendet sich der „Vorwärts“ auch heftig gegen uns, weil wir erklärt hätten, das Reinlichkeitsbedürfnis erfordere, daß Koste endlich verurteilt werde. Der „Vorwärts“ meint, man dürfe von solchen Reinlichkeitsbedürfnissen nur sprechen, wenn es sich um eine korrupte Persönlichkeit handelt. Koste aber ist nicht korrupt. Der „Vorwärts“ muß uns schon gestatten, zu bemerken, daß ein Mann, der als Sozialist bezeichnet, aber alles tut, um den Sozialismus niederzubringen und keine Segner zu stärken, allerdings eine Erscheinung ist, die alle anständigen Sozialisten ablehnt. Unser Reinlichkeitsbedürfnis ist aber auch durch ein negatium verleiht. Daß das rechtssozialistische Organ dafür kein Verständnis hat, wundert uns natürlich nicht. Und wenn es noch ausdrücklich versichert, daß Scheidemann und Koste noch wie vor gute Kameraden sind, so bestätigt es unsere eigene Auffassung, daß der ganze Kastral Scheidemanns nur ein taktisches Manöver war, um einmal Scheidemanns persönliche Stellung in der Partei und dann die Position der Partei bei den Wahlen zu bessern.

Dazu kommt allerdings, daß den Rechtssozialisten bei dem unerbittlichen Treiben der monarchistischen Offiziere nachher um ihre eigene Herrlichkeit bange wird. Deshalb möchten sie wenigstens, wenn sie schon an dem Systeme nichts ändern und auf den Mann nicht verzichten können, an Symptomen herumkurieren und den einen oder anderen monarchistischen Offizier entfernen. Daher das Bemühen des „Vorwärts“, die Aufmerksamkeit von der Frage des Systems abzuwenden und einen persönlichen Fall Reinhard zu konstruieren, gegen den er keine Anklagen noch wie vor aufrecht erhält. Es entspricht ganz der Logik, daß der „Vorwärts“, anstatt die politische Frage politisch zu behandeln — was ihn allerdings sofort in Konflikt mit der Regierung Koste bringen würde —, es darauf anlegt, den Obersten Reinhard zu einer — Ehrenleidigungsklage zu veranlassen. Der Kampf des „Vorwärts“ muß eben ein Scheinmanöver bleiben, weil die Koste-Partei natürlich einen wirklichen Kampf gegen die monarchistische Reaktion nicht führen kann.

Wie wenig der Fall Reinhard eine isolierte Erscheinung ist, muß ja der „Vorwärts“ selbst zugeben. Er veröffentlicht einen Bericht über das rapide Anwachsen der Militärbewegung im Baltikum. Sein Gewährsmann heißt mit:

Bis zum 10. September trafen täglich aus Deutschland zahlreiche Offiziere und Mannschaften ein, die in die Formationen eingereiht wurden. Die Leute werden in Deutschland gewonnen und von zahlreichen Agenten, die fast durchweg Offiziersuniformen tragen, mit gefälschten Urlaubsscheinen versehen. Diese Decker haben unausgefüllte Urlaubsscheine bei sich, die sie nach Bedarf ausfüllen, um den Geworbenen eine Ausreise nach Russland zu ermöglichen. Wenn diese Pseudourlauber in den Bezugsorten angehalten werden, finden sich kundige Führer, die sie zu Fuß über die Grenze geleiten. Der betreffende Soldat wurde selbst mit 50 Mann in Tüfel angehalten. Von einem dort aufhaltenden Offizier erhielten sie Instruktion und einen Führer, der sie aus dem Lager über die Grenze schaffte. Die

Grenzposten kümmerten sich nicht um sie und waren anscheinend „gut instruiert“.

In Kurland sind selbst die kleinsten Orte ungenügend mit Truppen besetzt. Unser Gewährsmann behauptet, daß während des Krieges dort nicht zahlreichere Einquartierungen gelogen hätten als jetzt. Das Südliche Bauske sei mit Soldaten überfüllt. Aus der Lebens der Rüstungen mache man dort kein Geheimnis mehr. In der dortigen Schreibstube beim Stabe des Kapitäns Sidmer von der 2. Infanteriebrigade der Baltischen Bundeswehr drangen große Plakate, die besagen, daß man kämpfe für das Kaiserreich gegen die Demokratie und wolle lieber sterben als ehelos sein. Der Adjutant dieses Kapitäns äußerte unerschrocken, daß man bald Koste mit seinen Soldaten niederzukämpfen werde. Dies sei leicht, da man genug Freunde bei den Koste-Truppen habe. Man werde die verdammt demokratische Regierung mit all ihren Inden verjagen und für die nötigen Pogrome sorgen. Das Kaiserreich werde dann wieder aufgerichtet, und dann sollen die Sozialdemokraten sehen, wie die Deutschen Ordnung machen.

Daß man beabsichtigt, im gegebenen Moment gegen die deutsche Regierung zu Felde zu ziehen, preisen — so behauptet unser Gewährsmann — in Dordel und Miron die Spägen von den Däckern. Um nicht dazwischen offen Farbe bekennen zu müssen, löse man einzelne Formationen zum Schein auf. In Wahrheit überführe man diese aber mit ihrem gesamten Bestand an Mannschaft und Material zur Kollisch-Armee.

Angeleitet durch die glänzenden Versprechungen und das glühende Sanditenleben, das „Soldaten“ im Baltikum führen können, hat sich unter dem militärischen Deckmantel dort neben anständigen und ehrlichen Soldaten eine internationale Verbrecherbande zusammengeschlossen. In Sicherheit vor jeder Verfolgung sind dort viele arbeitsscheue Elemente zusammengelaufen, die durch den Krieg jeder bürgerlichen Lebensweise entwöhnt sind und oftmals recht viel auf dem Herdholz haben. Die Folge hiervon ist, wie der zurückgekehrte Genosse und berichtet, daß Raub und Plünderung die Haupttätigkeit dieser Teile der angeschlichenen Truppen geworden ist. Der Tagesdienst ist Nebenache. Sowie es dunkelt, ziehen diese Elemente aus, um zu fischen und zu plündern. Die schwergeprüfte Bevölkerung muß alle Gewalttaten ruhig und widerstandslos über sich ergehen lassen, da sie den bewaffneten Haufen vollständig ausgeliefert ist, keine Mittel der Selbsthilfe besitzt und keine sie schützende Behörde oder Macht zur Seite hat.

Die ungeheuren Aufwendungen an Nahrung und Verpflegung lassen immer wieder die Frage aufkommen, wie und woher die Mittel beschafft werden. Nach zuverlässigen Angaben kostet das deutsch-baltische Landheer des Generals v. d. Goltz täglich über 800 000 M. Wer bezahlt die gegenrevolutionäre Plündererbande? Diese Frage muß von zuständiger Seite schleunig beantwortet werden.

Was der „Vorwärts“ heute berichtet, darauf haben wir seit Wochen und Wochen hingewiesen und dokumentarisch belegt. Der „Vorwärts“ weiß genau so gut wie wir, daß der, der die Verantwortung für alle diese Dinge trägt, in allererster Linie der Reichswehrminister Koste ist. Daß die entsetzliche Verschwendung von Geld und Heeresgerät, daß die infame Unterstützung der russischen zaristischen Generale, daß die Schaffung eines Aufmarschgebietes zugleich für die deutsche und russische Konterrevolution im Osten nicht möglich gewesen sein kann ohne Wissen des Koste. Aber Koste wollte oder konnte das alles nicht verhindern. Er ist also für kein Amt absolut ungeeignet. Und trotzdem wird dieser Koste von den Rechtssozialisten und vom „Vorwärts“ verteidigt und gehalten. Selbst bürgerlich-demokratische Blätter erklären den Mann für gänzlich unfähig. Aber die Rechtssozialisten denken ihn nach wie vor. Und da verlangen die Herren, daß man ihre Schreibereien und Reden noch ernst nimmt?

## Zur Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Paris, 16. September.

„L'Echo de Paris“ veröffentlicht eine Nachricht, aus der man entnehmen kann, daß die Frage, ob Deutschland zur internationalen Washingtoner Konferenz für Arbeiterrechte zugelassen werden soll, noch nicht endgültig entschieden ist. Der Oberste Rat habe den Entschluß gefaßt, die Entscheidung darüber der Konferenz selbst zu überlassen.

## Die neue Wochenhilfe vor der Nationalversammlung.

Von Luise Zieg.

Der sozialpolitische Ausschuss der Nationalversammlung hatte Ende März einstimmig die Regierung aufgefordert, schleunigst einen Gesetzentwurf über eine durchgreifende Reichswochenhilfe einzubringen.

Dieser Entwurf war nach vier Monaten endlich fertiggestellt. Er ging dem Parlament jedoch nicht als Entwurf der Regierung, sondern als Antrag Löbe-Gröber zu. Und das kam so: Die Rechtssozialisten, die in der Nationalversammlung vom ersten bis zum letzten Tage sich in einer Hinsicht durchaus konsequent geblieben waren, nämlich in einer sozialdemokratischen Grundfah nach dem ändern preiszugeben, ließ der Gedanke, daß vom sozialpolitischen Ausschuss eine wichtige sozialpolitische Maßnahme gefordert war, keine Ruhe.

Dieses Verdienst suchten sie noch nachträglich für sich zu eskamotieren. Sie setzten es durch, daß der Regierungsentwurf zunächst ihnen zugeing und sie sich über Umfang und Inhalt verständigten; dann kamen ihnen Bedenken, daß ihre Bundesbrüder, das Zentrum, ob ihres Vorgehens verärgert werden könnten, und im Plenum vielleicht Schwierigkeiten machen würden. Deshalb wurden auch diese noch hinzugezogen und so wurde über Nacht aus dem Gesetzentwurf der Regierung der Initiativantrag Löbe-Gröber. Von gut eingewählter Seite waren wir über diese „gut parlamentarische“ Gepllogenheit unterrichtet worden. Und siehe da, am 15. August, morgens um 8 Uhr, ging uns dieser Gesetzentwurf, alias Antrag Löbe-Gröber, zu und um 10 Uhr sollte er bereits im Plenum in erster und zweiter Lesung durchgeprüft werden, wo kaum Zeit gewesen war, ihn zu lesen, geschweige denn ihn durchzudenken.

Im Plenum wurde beifällig der Antrag gestellt, den Entwurf ohne Diskussion an den sozialpolitischen Ausschuss zur Kommissionsberatung zu verweisen. Das geschah. Am 16. August, früh, vor der Plenarsitzung, sollte die Kommission ihn in zwei Stunden duraderaten. Hierbei wurde aber zunächst von allen Oppositionsparteien von links und rechts und auch von den Demokraten, diese unerhörte Art der Gesetzesmacherei gebrandmarkt. Die Rechtssozialisten suchten zunächst abzuleugnen, daß ihr Initiativantrag in Wirklichkeit eine Regierungsvorlage sei; wir erklärten ihnen darauf, daß es die Dackern von den Däckern pflegen, daß nicht sie, sondern die Regierung die Vorlage gemacht, eine Feststellung, die mit: Sehr richtig! von der Kommissionsmehrheit unterstrichen wurde.

Von unserer Seite wurde an der Vorlage, der der große, einheitliche Jung fehlte, die lediglich völlig unzulängliches Flickwerk bot, kurze Kritik geübt. — Die Unzulänglichkeit der Reform läßt nicht nur gegenwärtig dringende notwendige Forderungen unerfüllt. Sie wird noch zu einem Bollwerk gegen eine Fortführung der Reform in der nächsten Zukunft. Mit dem Hinweis, daß doch etwas für die Wöchnerinnen geschaffen sei, wurden weitergehende Anträge auf lange hinaus abgelehnt werden. Wir stellten deshalb eine Reihe von Verbesserungsanträgen, die aber in der Kommission und im Plenum abgelehnt wurden. Abgelehnt auch von den Rechtssozialisten. Und das Interessanteste dabei ist, daß alle die von uns eingebrachten und von den Rechtssozialisten in halber Eintracht mit den bürgerlichen Parteien abgelehnten Anträge ihre eigenen Anträge vom Jahre 1910 sind, gegen die sie jetzt, nach der Revolution, stimmten. Damals, als die Reichsversicherungsordnung zur Diskussion stand, wurde eine Sachverständigenkommission vom Parteivorstand und der Generalkommission eingesetzt, der auch die Verfasserin angehörte, diese Kommission hatte die zur Versicherungsordnung einzureichenden Anträge vorzubereiten. Damals sind sie mit großer Wärme und großem Nachdruck von den Wöchnerinnen zwar abgelehnt, von den Rechtssozialisten aber vertretet worden, jetzt, wo wir sie einbringen und wo es von ihnen abhängt, daß sie angenommen werden, reden und stimmen sie dagegen.

Das nennt man nun Ueberzeugungsfreud! Wir hatten beantragt, die Berechtigung der Krankenversicherung auszudehnen auf alle Personen, deren Familieneinkommen 7000 Mark nicht übersteigt. Damit wären weite Kreise der Kleinverdienenden und Kleinbauern miteingezogen und damit auch deren weibliche Angehörige die Mutterkassensfürsorge zugänglich geworden.

Wir beantragten ferner, den weiblichen Versicherten zu gewähren:

1. Eine Schwangerenfürsorge für 8 Wochen in der Höhe des Grundlohnes.
2. Eine Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen in der Höhe des Grundlohnes.
3. Unentgeltliche Hebammendienste und wenn nötig ärztliche Hilfe bei Entbindung und Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Ein Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes für 28 Wochen.
5. Obligatorische Familienfürsorge für die Versicherten.

Alle ärztlichen Autoritäten sind sich darin einig, daß die Erwerbsarbeit bis kurz vor der Entbindung vom größten Nachteil für die Gesundheit der werdenden Mutter und des zu erwartenden Kindes ist. Will man diesen Gesundheitschädigungen vorbeugen, muß man der Schwangeren für den Lohnausfall bei Einstellung der Arbeit, wenigstens einigermaßen Ersatz gewähren. Dieser sollte die Höhe des Grundlohnes erhalten, also doppeltes und nicht wie beschlossen einfaches Krankengeld. Das bedeutet bekanntlich noch längst keinen vollen Ersatz für den Lohnausfall, weil der höchste Grundlohn nach den Bestimmungen des Krankenkassengesetzes 6 Mark pro Tag beträgt, aber immerhin schließt es die Schwangeren vor dem Hunger. Die Wöchnerinnenunterstützung müßte, soll sie bei den unerhört hohen Preisen nur einigermaßen das blanko Elend von der jungen Mutter und ihrem Kinde fernhalten, gleichfalls die Höhe des Grundlohnes erhalten. Andernfalls wird die Wöchnerin, durch den Hunger getrieben, viel zu früh wieder an die Erwerbsarbeit gehen. Die mannigfachen Frauenkrankheiten, Unterleibsbeschwerden der verschiedensten Art sind die unheilvollen Folgen.

Eine alte sozialdemokratische Forderung, für die seit Jahren die sozialdemokratischen Frauen eintreten: die unentgeltliche Hebammenhilfe, evtl. ärztliche Behandlung für Wöchnerin und Schwangere, beifachte um so dringendere Erfüllung, weil amtlich festgestellt ist, daß im Jahre 1909 (und seitdem sind die Verhältnisse leider wenig gebessert) allein in Preußen 128 822 Entbindungen ohne hebammlische und ärztliche Hilfe erfolgt sind.

In der Folge sind viele Wöchnerinnen erkrankt, vom Kindbettfieber dahingerafft, viele Kinder erblinden und verkrüppelt, weil es an kochkundiger Hilfe bei der Geburt fehlte. Starben doch noch vor wenig Jahren von 10 000 Frauen, die im Wochenbett ihr Leben einbüßten, 7000 an Kindbettfieber. Nach Dr. Franqué, Wiesbaden, hätten 1910 von 140 000 Kindern, die kurz vor der Geburt, während und kurz nach derselben starben, 115 000 gerettet werden können, wenn die Schwangeren und Wöchnerinnen eine bessere Fürsorge erfahren hätten.

Statt der von uns geforderten unentgeltlichen Hebammen- evtl. Arzthilfe bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden gewährt das neue Krankengesetz nur eine Beihilfe von 50 Mark zu den Entbindungskosten und bei Zuzugnahme des Arztes bei Schwangerschaftsbeschwerden eine solche bis zu 25 Mark.

Durchaus unzulänglich ist das Stillgeld, das nur für 18 Wochen in der Höhe des halben Krankengeldes gewährt werden soll, nicht unter 75 Pfg. pro Tag. Dafür ist nicht einmal ein Liter Milch zu kaufen, geschweige denn eine kräftige Kost. — Wollte man durch die Mutterkassensfürsorge vorzugehen wirken, hätte man unbedingt unsere Anträge annehmen müssen. Mit dem Geschaffenen hat man elende Provisionen gegeben und da-

bei die Arbeiterschaft schwer belastet, durch die in Aussicht genommene enorme Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Es ist nämlich die Bestimmung in das Gesetz hineingekommen, daß die Beiträge für die Ortskrankenkassen von 4 1/2 auf 7 1/2 v. S. erhöht werden können und für die Landkrankenkassen von 6 bis 10 v. S. des Grundlohnes. Davon müssen bekanntlich die Arbeiter zwei Drittel zahlen.

Selbst die Hälfte der Kosten für die Mutterkassensfürsorge der versicherungsfreien Angehörigen müssen die Versicherten tragen und nur die Hälfte das Reich; statt für diese wichtige sozialpolitische Maßnahme überhaupt das Reich heranzuziehen, wie es bei der Mutterkassensfürsorge für die Unbemittelten geschieht, die man noch in eine besondere Kategorie gestellt hat. Das sind unversicherte Ehefrauen, deren Familieneinkommen 2500 Mark nicht übersteigt und unverheiratete Wöchnerinnen, die ein Einkommen unter 2000 Mark besitzen.

In der Nationalversammlung erlebten wir alsdann das empörende Schauspiel, daß die weiblichen Abgeordneten aller anderen Parteien gegen unsere Anträge sprachen und mit ihren Fraktionen natürlich auch dagegen stimmten.

Und dabei lachten sie von der „einen großen Schwesternschaft“ aller Frauen! Von der Fürsorge, die den ärmeren „Schwestern“ werden müßte! Welche Heuschreck!

Nicht das Interesse der armen Schwestern, sondern das des geheiligten Eigentums wurde von ihnen vertreten.

Alle beteuerten, daß sie im Prinzip ganz mit uns einverstanden seien, aber — bei dem Reichsdas sei kein Geld für einen weitergehenden Mutterkassenschutz vorhanden. Wie haben diese Volkvertreterinnen Einwand erhoben gegen die Milliardenausgaben für die Moskogardisten. Wie sollten sie auch für den neuerstandenen Militarismus, der die Revolution niederguzwingen und das Kapital zu schützen hat, ist natürlich immer Geld da. Aber Schwangere und Wöchnerinnen? Wenn die nur ein paar Broteffennige erhalten, genügt das. Da hat man doch etwas in Händen, das man ihnen aus der Nationalversammlung mitbringen, um ihnen erzählen zu können, welch warmes Herz man für sie hat.

Keine von den Bekämpferinnen eines wirksamen Mutter- und Säuglingschutzes hatte anscheinend ein Gefühl dafür, welch tiefbeschämende Rolle sie spielten. Gaben doch bürgerliche Sozialreformer von dem Eintritt der Frauen ins Parlament erhofft, daß sie vorwiegend für den Frieden und für die sozialistischen Gesetze, insbesondere für den Ausbau des Mutter- und Säuglingschutzes, und die Fürsorge für Witwen und Waisen eintreten würden.

Und nun das Resultat! Das beschämendste aber ist, daß eine „Sozialistin“, Luise Schröder, den Reigen eröffnete und die ehemaligen Anträge ihrer eigenen Partei bekämpfte. Ihr folgten dann nacheinander: die Rentkassendirektorin Fr. Weber, die Dentokratin Frau Mohr, Frau v. Wierle für die Deutschnationalen und die Lehrerin Frau Wende von der Deutschen Volkspartei; die erklärte, daß ihre Partei für die Vorlage stimmen wolle, trotzdem sie schwere Bedenken habe, weil — die Ausdehnung des Schutzes auch den unverheirateten Wöchnerinnen, die unter den Begriff häusliche Gemeinschaft fallen, eine Gefahr für das deutsche Familienleben bilde!

Kommentar überflüssig!

Nediglich von unserer Seite ist nachdrücklich das Interesse der Schwangeren, Wöchnerinnen und Säuglinge vertreten worden, durch Stellung und Begründung der obigen Anträge. Weil das den Rechtssozialisten sehr peinlich war, riefen sie mir zu und wiederholten es in der Presse, daß der Genosse Braß in der Kommission gegen einen von mir vertretenen Antrag Bedenken geäußert habe. Demgegenüber steht fest, daß unsere Fraktion in ihrer Gesamt-

heit die Anträge gestellt hat und sie vertritt.

Wir haben wahrlich kein Vertrauen zur Regierung und zur Nationalversammlung — das ist auch bei der Plenarberatung ausgesprochen, — daß sie einen wirklichen Mutterkassenschutz bringen werden, die wachsende Macht und Kraft der Arbeiterschaft muß ihn sich erzwingen.

### Ein Dampferausflug der Sicherheitspolizei.

Uns wird geschrieben: Am Sonnabend, den 8. September, gegen 12 Uhr abends fuhr die neue Berliner Sicherheitspolizei mit 4 Dampfern von einer Dampferpartie zurück. In dieser Partie waren auch eine erhebliche Anzahl von Zivilpersonen eingeladen worden, die auf Kosten der Sicherheitspolizei unterwegs verpflegt wurden. Sie erhielten Mittagessen, Kaffee und Kuchen und Abendbrot und zahlten für die Partie einschließlich dieser Verpflegung pro Kopf 3 M. Es wird also von jener Seite, die der Sicherheitspolizei die Mittel zur Verfügung stellt, alles versucht, um diese Einrichtung beim Publikum beliebt zu machen. Wo kommen die Mittel dazu her? Außerdem dürfte bei der herrschenden Kohlennot angefragt werden, wer die Kohlen für diese 4 Dampfer liefert?

Als die Dampfer anlegten, standen fünf prächtige Dienstautos an der Anlegestelle, die die Herren Offiziere abholten und sie nach ihrer Wohnung führten. Die anderen Teilnehmer kürzten sich nun auf die Straßenbahnen und es kam dort an der Jannowitzbrücke zu einem Handgemenge zwischen den Straßenbahnschaffnern und Sicherheitspolizisten. Zum Schutze gegen die Sicherheitspolizei wurde die alte Schuchmannsche Gesellschaft von den Straßenbahnschaffnern und Zivilpersonen zu Hilfe gerufen. Dies ist ja nur ein Vorgeschmack, wie sich in Zukunft die Polizeiverhältnisse gestalten werden. Hierbei mußte auch ferner festgestellt werden, daß sich der eine Herr der Sicherheitspolizei bei seiner Feststellung eines falschen Namens zugleite, um sich seiner rechtlichen Verantwortung zu entziehen.

Die Benutzung der Dienstautos der Sicherheitspolizei für Privatwecke steht im krassen Widerspruch zu den Einrichtungen und Hilfsmitteln, die der alten Schuchmannsche Gesellschaft zu Verfügung stehen. Schon während des ganzen Krieges stehen dem Polizeipräsidenten Berlin a. D. nicht so viel Kraftwagen oder rollenden Material zur Verfügung, um die Aften von dem Polizeipräsidenten nach den Dienststellen befördern zu können. Diese müssen von den Polizeiwachmeistern von den an der äußersten Grenze gelegenen Dienststellen nach dem Präsidium gebracht und von dort wieder abgeholt werden. Dadurch werden selbstverständlich so und so viel Beamte an dem richtigen Aufstellungsort der Strafe zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung behindert. Die Zahl der Beamten auf den Wochen ist infolge der vielen Feststellen schon so gering, daß es wohl mehr im Interesse des Staates liegen würde, wenn die Kraftwagen, die heute in so ausreichender Zahl den Offizieren der Sicherheitspolizei zur Verfügung gestellt werden, in den wirklichen Staatsdienst zum Wohle des Volkes gestellt würden. Wenn man gelegentlich an dem Kriminalgericht vorbeikommt, wo der Stab der Sicherheitspolizei residiert, so sieht man 10 bis 12 Kraftwagen stehen, die dort auf ihre Herren warten. Sind diese Kraftwagen und die Betriebsstoffe nicht für idealere Zwecke im Interesse des Volksganges zu verwenden?

Den wahren Geist in der Sicherheitspolizei kennzeichnet das von Polizeimajor Schmabel, dort als Abteilungsleiter tätig, festgesetzte Instruktionsthema: „Das Versagen der alten Polizei am 9. November 1918 und die neue Polizei.“ Soll dieser reaktionäre Geist, der aus diesem Thema spricht, die neue Truppe beherrschen? Es sei bemerkt, daß auch Polizeimajor Schmabel im Sinne der alten Regierung am 9. November versagt hat.

### Ende des Mariller Generalstreiks.

Der Generalstreik in Marseille ist beendet. Die Hafenarbeiter erhalten 18 Francs täglich und 2 Francs Feuerzulage, bis ein Schlichtungsausschuss die Lohnfrage endgültig regelt.

### Sterben.

Von Dabistaus Sak.

Eingliederung Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Doch was sprache ich da!

Die Sache begann damit, daß ich mich auf einen ungewohnten Wagen setzte. Ich sprach leise, mit magnetischem Willen, als wäre durch meine Worte, durch meine Stimme meines Herzens Blut in lauterer hochender, brennender Proletariat, gekaufter Herz hinübergelassen. Weicht du, was es heißt, mein Willen, meine Ueberzeugung in das Herz anderer Menschen hinübertragen? Weicht du, weicht ein Wagon und Strahlen das ist, wenn in diesen vielen — vielen Menschenbergen die Richter der Erkenntnis, der Klarheit auflodern?

Und plötzlich brachen sie auf. Ich wollte, daß sie aufbrechen. Mein Willen und mein Glaube führten sie. Die Massenkraft fühlte wie ein Ozean auf die vollverdrängten und bedrückten Menschheitsgassen nieder. Diese mächtige Kraft, dieser Sturmhauch von bewußtem Schwung scherte gegen die Fronten der Polizei. Es war ganz nebenbei, daß dort jämmerliche Polizeibergen greifen wurden, die Laien war wichtig, der Entschluß die Kraft. Um die sechs Polizeistationen — um die einzelnen Menschen — die überführten, aufgearbeiteten, frumpfgeschelten Polizeiprotokolle (denn auch sie sind Proletariat) war es schade, doch haben in diesen Minuten des Kampfes, der wahren Kritikprüfung sie die unterdrückende Staatsgewalt bedeutet. Deshalb mußten sie sterben.

Dies war eine Tat. Diese Bestimmung, dieser Wille — das Blut zum Mord — waren zum Luban des künftigen Lebens notwendig. O, wie sie sich doch ohne Blutvergießen der Staat des Marx vermittelten!

Sieht du, aus dem Wort ist die Tat entstanden! Welche wehrfähige Gabe nahm dann ihren Anfang. Ein Tag war ein Augenblick, oder vielleicht doch ein millionen Toff eines Augenblicks. In den finsternen und verpesteten Höhlen saßen die tausende der Unterirdischen, der Ausgeworfenen, der Ausgeworfenen, der Betrogenen in Bewegung. Die Erde, die Urkraft, die der volle Reiz, der bewußte Reiz, der Wille, der Profit-Bürger zu Ausmaß und Reichthum, zu Sklaven verurteilt hatte, auferstand mit jeder Rasel, mit jeder Sekunde, mit dem nothen Herzen und

Kämpfe und Leben. Den Bürger aber verteilte der „Mutterhund“, der Betrüger, der Renegat.

Seit Mitternacht verteilten wir ein mächtiges Gebilde. Noch vor einigen Minuten hatte man hier Zeitungen (es war ein Zeitungspalast) und Aigen fabrikt. Im Mitternacht waren wir mit Handgranaten eingedrungen, brachten unsere Maschinen, geschickte unter, verarmelten die Ausgänge, stellten unser: Köpfe auf, und es kamen auch schon die Gasgier, obgewirtschaftete Offiziere, die sich für reichlichen Sold dem Feind der Werkstätten verkauft hatten.

Es war dies ein Kampf. Der Ausgang ist ganz nebenbei, wichtig war der Kampf, dieser keine, für und aber gigantische Kampf. Dieser keine Kampf, der wie ein schmales Wädeln in das große Meer der Weltrevolution mündete. Konnte es wichtig sein, ob wir dort am Leben blieben oder zugrunde gehen, ob wir die den Rauern zu halten vermögen, oder unter ihnen begraben werden? Wichtig war die Tat, die vielen — vielen keinen Toffen, aus deren Mord sich die einheitliche und vollkommene Revolution entfaltete.

Der Tage lang trochten wir dem Hunger, dem Feuer, dem Tod unter den einströmenden Flauern. Schritt für Schritt wichen wie zerschunden, blutend. Ich zog mich in eine enge Ritze zurück. Wir hätten uns auch ergeben können, denn der Kampf war aussichtslos, doch darf ein Revolutionär freiwillig niemals auf etwas verzichten. Ich zog mich also in eine enge Ritze zurück, konnte nicht weiter zurückweichen. Ich fand doch einen Augenblick dort, ganz allein, doch war dieser Augenblick die Uewigkeit. Ein mächtiger Soldat rogte vor mir auf. Von einer einzigen Bewegung hing jetzt alles ab. Von einem frampfhaften Huden des Feiglingsmuskels — und durch das schwarze Netz meines Revolvers wäre der Tod in das Herz dieses Menschen mit blutunterlaufenen Augen gedrungen. Jetzt hätte ich handeln müssen. Handeln, einen Menschen töten, mit eigener Hand, mit eigener Kraft, aus unmittelbarer Nähe, aus Nennedlänge, einen Entschluß hätte ich fassen müssen, handeln, handeln, eine Tat vollbringen...

Ich vermachte nicht den Arm zu heben, ward gelähmt, vermochte nicht bewußt, mit offenen Augen einen Menschen zu töten! Ich war feige! War schwach!

Damals wachte ich bereits, daß ich verloren sei. Binnen eines Augenblicks hatte ich mich auch damit abgefunden. Dies ist des Los des Schwachen!

Und dann? ... Ich wurde hervorgehoben. Sie wurden mit mir leicht fertig, denn ich hatte ja zu mich keinen Glauben mehr.

Vergeßlich war jede Anstrengung gewesen, vergeblich war das Ringen mit jenem fremden Menschen, den du in mir gesehen hast und zu dem ich mich hätte verwandeln müssen. Und ich liebe dich dennoch.

Was nun folgen wird, wird ebenfalls eine Tat sein, eine befruchtende Tat, wenn mir auch dabei nur eine passive Rolle zukommt. Und gerade dies wird die Tat sein!

Heute morgen wurde ich vor einige Soldaten mit langweiligen Gesichtern und hohen Goldkronen gestellt. Sie fragten mich, ich antwortete. Was ich antwortete? Ich erinnere mich nicht daran, es ist auch nicht wichtig! Ich lächelte die ganze Zeit, es ist so seltsam, so unfaßbar, daß dieser herbe Mund, diese niedrige, unintelligente Stimme jene Klasse vertritt, die noch immer Millionen und aber Millionen Menschen in Sklaverei knechtet. Ich erinnere ihnen meine Ansicht an, ich werde ihnen glühende und ährende soziale Wahrheiten an den Kopf zu werfen, sie haben dabei geschlafen. Doch ist all dies nicht wichtig. Heute mit, Komal!

Nach einm Omal hatte meiner: mein Vater suchte mich auf. Mein Kolger, welcher Vater. Er warf mir vor, daß ich sein Leben zugrunde gerichtet, seinen Ruf besudelt, seinen erhabenen bürgerlichen Namen beschmutzt habe. Ich sah ihn unter seiner bürgerlichen Moral leiden. Ich: meinewegen, um seiner selbst willen, um seiner schuldigen, verkommenen Klasse willen litt er. Nicht einmal die Hand reichte er mir, suchte mich doch auf, um mit mir seine Wut auszulassen.

Ich bin schlafig. Glanz du mir's: ich bin schlafig. Meine Lider finden müde, geschütt über meine Trägheit. Noch verfolge ich über mein Dummheit, mein Gehirn produziert noch Gedanken, arbeitslos, langsam, matt: es wagt es und nimmt die zur Kenntnis, daß es keinen Sinn hat zu schlafen... Der Himmel ist grau...

Es ist ein Uhr noch Mitternacht. Ich müßte dir noch so viel sagen, müßte dir noch so viel sagen... und meine Lippen schliefen sich wie eine Garst. Ich muß mit dir noch sprechen, will, will ich mich... und ich fühle, daß ich dieses Ringen nicht mehr lange bestehen kann. Wann soll ich dir offenbaren, was hier in meinem Herzen spricht?

Der Morgen will, auch stark sein! Deshalb wurde ich schnell geboren?

Es ist ein Uhr noch Mitternacht, und um vier Uhr morgen muß ich aufstehen. Doch muß ich jetzt die Augen schließen, daß für einen Augenblick, bloß für eine Stunde. Ich vermag kein Augen mit den Adern nicht länger heranzubringen.

Um vier Uhr morgen werde ich erschossen.

# Die Erschießung der Münchener Geiseln vor Gericht.

Die Verteidigungsrede Fritz Seibls.

Als letzter der Angeklagten hielt der Hauptbeschuldigte Fritz Seibel eine groß angelegte Verteidigungsrede, die nach den Wünschen der bürgerlichen Blätter trotz des schlechten Organes Seibls und trotz des nicht sympathischen Eindruckes, den er hervorbrachte, großen Eindruck erweckte. Wir wollen diese Rede im folgenden ausführlich wiedergeben, denn dies ist zu objektiven Klärung dieser Persönlichkeit unbedingt erforderlich gegenüber dem maßlos herabwürdigenden Bilde, das der Staatsanwalt in seinem Plädoyer gerade von Seibel gegeben hat, und gegenüber der gesamten, einseitig gegen die Angeklagten gerichteten Tendenz dessen Prozeßführung und Verichterhaltung:

Meine hohen Herren! Genau in derselben Situation, wie ich damals am 20. April als Kommandant des Gymnasiums bestand, habe ich auch heute vor Ihnen und soll das verantworten, was damals geschehen ist. Genau wie damals bin ich auch heute nicht in der Lage, das zu verantworten. Am 30. April war die Stimmung im Gymnasium bereits derart, daß ein Kommandant absolut nichts mehr anordnen, geschweige denn verantworten konnte. Ich hätte damals befehlen können, so viel ich wollte, es wäre nicht beachtet worden und es hätte nichts genutzt. Von einer Disziplin war nirgendwo mehr etwas zu erwidern, und wenn man das zu verhindern wollte, so mußte man die Disziplin zum Teil aber auch sich hier als Zeugen hingestellt haben und ihren Einfluß auf den Oberkommandanten angeblich geltend gemacht haben. Sicher ist, daß z. B. der Herr Kunstmaler Seiler mit einer ganzen Anzahl von Hintermännern war, die am 20. April ins Gymnasium kamen, dort einen gewissen Appell abhielten und versucht haben, mit Pistolen und Gewehren meine Leute zu den Geiselerziehungen zu animieren, wahrscheinlich um die Tat, deren Ausführung ich sofort bei der Uebergabe des Befehls an mich abgelehnt habe, um diese Tat, von der ich wusste, welche Verantwortung sie nach sich zog, durchzuführen. Offiziell war am 1. Mai bekanntgegeben und erklärt worden, daß man mir den Schädel einhieb, wenn man mich in die Hand beläme. Dementsprechend bin ich damals fort. Der Staatsanwalt hat mir das als Beispiel vorgehalten. Nein, mein Herr, ich hatte für eine Gattin zu sorgen, für ihr Leben einzutreten und ich folgte dem Einfluß meiner Oberen, die mir rieten, mich zu vergewaltigen und später vor dem ordentlichen Gericht die Wahrheit in dieser Irregularität offen zu stellen. Der Staatsanwalt sagt, über mein Verbrechen sei nichts bekannt. Nun, seit meinem Eintritt in die kaufmännische Lehre habe ich seit nur meine Arbeit getan und bin überall weiter gekommen. Daß ich schließlich nach Triefen kam, erklärt sich aus dem Umstand, daß ich mich eine selbständige Stellung schaffen wollte.

Nur der unglückliche Verlauf des Krieges zwang mich, nach Deutschland zurückzukehren. Ich kam nach München, wollte aber ursprünglich nach Berlin. Man bot mir hier eine Stellung, in der ich schließlich meinen Vorgesetzten als eine Vertrauensperson erschien. Ganz ist mir damals ein Fehler mit den Sozialisten unterlaufen, aber doch nur, weil unsere Vorgesetzten und die Einbringung von Heeresständen auf diesem nicht einwandfreien Wege vorgenommen wurden. Ich wurde deshalb auch nicht entlassen, sondern nur verlegt. Ich war nicht beim Militär, aber dafür kann ich doch nicht. Ich bin trotzdem doch immer ein nationaler Mann gewesen und habe als Deutscher meine Pflicht erfüllt und in einem gefährlichen Betriebe gearbeitet, der gefährlicher war, als anderer. Nach meiner Flucht habe ich in Sothen an allen Tafeln mein Bild mit der Aufschrift von 10 000 Mark und der Behauptung, ich sei ein einfacher Arbeiter, platziert gesehen. Dabei wußte man das, obwohl ich doch keinen Anteil an der ganzen Angelegenheit hatte. Ich war mir allerdings bewußt, welche Verantwortung mir, als dem Kommandanten des Gymnasiums, daran gemessen werden würde. Aber ich habe ausdrücklich den Befehl auszuführen abgelehnt. Ich kann mich dafür, daß ein halbes Dutzend Zeugen, die mir das ausdrücklich hätten bestätigen können, inzwischen nichtig geworden sind, weil sie nicht ins Zuchthaus kommen wollten. Würde ich mich nicht nichtig machen, und bin nicht so feige, wie etwa der Angeklagte Hesselmann. Denn, wenn man mich erwischt, so tut man schließlich daselbe, was man mit den Leuten im Kaiserpalast auch getan hat. Ich bin mir aber bewußt, daß ich keinerlei Schuld an den Vorgängen trage. Ich würde es verstehen, wenn Sie mich als Hochverräter an die Wand hängen, aber als Geiselmörder, das verleihe ich nicht. Einer späteren Zeit wird es vorbehalten sein, volle Klarheit in die Welt zu bringen, was die Verantwortlichkeiten zu bringen. Auch dem Staatsanwalt war das ja nicht möglich. Aber trotzdem bin ich überzeugt, daß die Stimmung der Bevölkerung nicht ohne Einfluß bleiben wird auf Ihr Urteil. Ich weiß, daß heute ganz Deutschland meinen Kopf fordert.

Und Sie, meine Herren Richter, werden sich davon nicht ganz überzeugen können. Ich habe keinerlei Vorurteile, wie etwa Hesselmann, der mich hier zu belassen versucht hat. Ich habe ein makelfreies Leben hinter mir. Niemand kann gegen mich sagen, daß ich jemals gefoltert habe. Die Stimmung damals war auf das äußerste gereizt. Was aber Hesselmann gegen mich gesagt hat, wird er mit seinem Gewissen nicht verantworten können. Er versucht, sich mit den Anklagen gegen mich zu wehren. Ob ihm das gelingen wird, weiß ich nicht. Gewiß, Kaufmann ist tot, und wenn er nicht den Befehl zu den Geiselerziehungen erteilt hat, so bleibt das eben an mir hängen. Er hat aber den Befehl zur Verstellung von Augenbinden gegeben, niemand hat etwa mit das zur Verfügung. Ich habe die Geiselerziehungen abgelehnt mit der Erklärung: Wir haben hier keine Geiseln. Aber dann kam Salhofer, um seinen Befehl trotzdem durchzuführen, nachdem ich meinen ablehnenden Standpunkt verkündet hatte. Darum, meine Herren Richter, meine Hände sind rein von Blut und bleiben rein. Der Staatsanwalt hat mich als Betrüger apostrophiert. Ich gehe nicht darauf ein. Ich bin nicht betrogen, ein Verräter zu sein. Ich war auch kein „Blutbläser“, wie der Herr Staatsanwalt sagt. Ich war nicht als ein Werkzeug in den Händen anderer, meiner vorgesetzten Vorgesetzten, der Leute des Oberkommandos. Sie wissen genau, von früheren Prozessen her, wie die Rolle meines Vorgesetzten in der Regierung als führender Mann anerkannt war. Und dieselben Rechte, welche die Wehrarmee hatte, hatte deshalb auch die Wehr. Sie hatte auch das Recht, die Wehr als Kommandanten nicht anders zu behandeln, als wie die Wehr. Sie ist tot. Aber trotzdem, betone ich ausdrücklich, habe ich den Befehl meiner Vorgesetzten nicht ausgeführt. Wenn noch ein Tag zwischen dem Zusammenbruch der Regierung und den Geiselerziehungen verstrichen wäre, dann wäre ich selbst an die Wand gehängt worden, und zwar von meinen eigenen Leuten, von meinen eigenen Vorgesetzten. Denn ich war verhaftet und verurteilt. Ich hätte den ersten Kommandanten als Schreiber verurteilt lassen, hätte die Wehr als Wehrführung angenommen, den Sittlichkeitsprediger im Gymnasium aburteilen lassen den Hesselmann aus der Kammer entfernt, weil er hahl, und all die „Damen“, die im Gymnasium waren, allmählich hinausgedrängt. Aber das Volk hat im Gymnasium war mir schließlich über den Kopf gewachsen, und ich war am Ende nicht mehr imstande, Einbil zu tun, insoweit in den

letzten Tagen, als alle Fronten der roten zusammenbrachen. Ich bleibe also dabei, daß man an der ganzen Sache keine Schuld trifft, daß ich vom ersten Moment die Verantwortung ablehnte und Kaufmann warndem zurück: „Überlege dir, welche Verantwortung du auf dich läßt.“ Aber trotzdem werde ich daran glauben müssen, und deshalb möchte ich Ihnen zum Schluß noch etwas berichten. Ich habe die ganze Sache erst nur als militärische Repressalie betrachtet, aber in der Zwischenzeit ein Interesse daran hatte, die Geiseln zu retten. Ich bin im Interesse die Verhandlung mit ihren langen Verhandlungen im Kriegsministerium, in der Stadtkommandantur, das Ein und Her im Volksgarten und beim Revolutionstribunal gewesen. Man hat mit guter Absicht dem Gymnasium die Leute zur Aufschöpfung übergeben. Von allen Stadtleuten kamen dort Versammlungen an. Ich unterwarf unterdessen einen Entlassungsbefehl für Professor Berger und schrieb auch solche für die anderen Geiseln. Aber inzwischen knallten die ersten Schüsse. Ich bitte Sie deshalb, meine Herren, mich nicht als Geiselmörder an die Wand zu stellen, sondern als Hochverräter! Denn ich leugne nicht, daß ich gegen diejenige Regierung handelte, die noch weiter fortbestand, obwohl in München inzwischen die Wehrrepublik ausgerufen worden war und ich nicht wußte, daß die Regierung Hoffmann noch bestand. Das hat in München kein Gewicht. Der Landtag war verfallen und die Regierung mit ihm. Hier aber sollte der Zentralrat das Scepter in Händen, und ich sollte ihn anerkennen. Ich hätte niemals meinen unbesetzten Namen für einen Vorwand hergegeben. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß Salhofer als Oberkommandant im Interesse seiner unbekanntem Oberen den Befehl zur Geiselerziehung unter allen Umständen durchzuführen wollte. Und es ist kein Beweis dafür, daß dieser Befehl etwa gefährlich war. Lebte Salhofer noch, würde er mir befehlen müssen, daß er am Abend der Geiselerziehung bei mir war und mir erklärte hat: „Wäre ich dir nur gefolgt, dann wäre ich jetzt besser daran.“ Ich bin also kein Bluthäter, kein Feigling, kein Mordmörder. Ich habe keine Schuld am Geiselmord. Und dafür, daß ich als Anführer dieser Tat befehle, die ich verhindern wollte, dafür soll ich jetzt zweimal zum Tode verurteilt werden. Wenn Sie das alles in Betracht ziehen, meine Herren, dann kann ich nicht derjenige sein, als der ich Ihnen hingestellt wurde. Es ist das erste Mal in meinem Leben, daß meine Ehre derart besetzt wurde. Bisher war kein schwarzer Fleck an meinem Namen; ich habe nichts mehr zu sagen.

## Kritikmischer Humor.

Und wird geschrieben:

Die gestrige Versammlung des Ausschusses für Volkserziehung stand im Zeichen der Religion. Ausgehend davon, daß das alte Testament das gefährlichste Buch der Weltgeschichte sei und letzten Endes auch den unglücklichen Ausgang des Krieges verursacht habe, kamen die verschiedenen Redner zu dem Ergebnis, daß auch große Teile des neuen Testaments aufs schärfste zu bekämpfen seien. Das zeige vor allem dessen verderblicher Einfluß auf Karl d. G., der überhaupt in völliger Abhängigkeit vom Judentum gestanden habe. Deshalb müsse der Judentum rücksichtslos bekämpft werden. — Wie Herr Wulle unter draufendem Beifall sagte, „unbekümmert um die Folgen“. Nachdem ein Teil der Versammlung, dem der Tobak zu stark war, sich entfernt hatte, zog man mit stärkerem Geschick auf: „Uffheit und Rasse sind die eifrigsten Vorkämpfer für Marx, Engels und Lassalle; das zeigt den internationalen Charakter der Juden.“ Ein junges Mädchen forderte die Frauen auf, „allen heiligen Haß zu konzentrieren und hingehend (schreibend) von einem Germanen mit ff. Stammbaum und Gesinnung) das Kind zu empfangen, der als Nachfolger Jesu und Bismarcks das Deutschland wieder emporschützen“ würde. Der Beifall war dem Redner der Versammlung entsprechend hier, wie auch bei anderen Rednern, sehr stark. Daß Herr Wulle entgegen einem ausdrücklichen Verbot des Reichswehrministers Donnerstag am Gesundbrunnen einen Vortrag halten wird, sei nebenbei erwähnt.

## Die Bewaffung des Bürgertums.

Das Landratsamt des Kreises Teltow erläßt an die Ortsbehörden des Kreises folgende Aufforderung:  
Berlin W 10, den 20. August 1918.  
Mittwoch, 18.

Noch Mitteilung der Zentralstelle für Einwohnerevidenzen beim Reichsministerium und Preussischen Ministerium des Innern können die in den Händen von Kriegs- und Militärvereinen befindlichen alten deutschen Waffen mit zugehöriger Munition gegen Gewehre 88 mit S-Patronen umgetauscht werden. Die alten Waffen sind gesammelt zum Umtausch bei der Zentralstelle für Einwohnererevidenzen, Berlin SW 68, Schützenstr. 3, anzumelden. Soweit Kriegsgewehre im Laufe des Krieges ihre Waffen abgegeben haben, kann sinngemäß die Ausstattung mit neuen Waffen erfolgen.

Ich ersuche, die Kriegs- und Militärvereine des Bezirkes sogleich ersprechend zu verständigen und spätestens bis zum 20. Sept. d. J. festzustellen, in welchem Umfange der Umtausch vollzogen ist. Ueber das Ergebnis der Feststellungen ersuche ich mich bis zum 20. September d. J. zu berichten.

In Amtliche Ortspolizei- behörden des Kreises. H. Achenbach.

So wird systematisch die Bewaffung des Bürgertums betrieben. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat man entmachtet. Und so etwas nennt man die Regierung die „Erzürungen des Bürgertums“!

## Sonderbare Kenntnisse.

Herr Werner von De'mburg, der in der „Täglichen Rundschau“ einen Artikel veröffentlicht hat, dessen Tendenz darauf hinausläuft, die Erwerbslosen militärische Arbeitskommandos unterstellt werden, schied uns auf Grund des § 1 des Preußengesetzes eine Verächtlichkeit, in der er die von uns gegogenen Schutzleistungen abzustreiten versucht. Herr De'mburg, der Mitarbeiter alldentscher und schweizerischer Blätter, der im Hauptamt bei der Pressestelle des Reichswehrministeriums tätig ist, scheint eine sonderbare Auffassung vom Preußengesetz zu haben. Sie bewegt sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie seine sozialdemokratischen Kenntnisse. Wenn Herr De'mburg gegen uns polemisieren will, so muß er das schon auf eine andere Weise tun. Vorerst empfehlen wir ihm einmal das Preußengesetz eingehender zu studieren, damit er für seine gegenwärtige Tätigkeit bei De'mburg sachgemäßere Unterlagen bekommt. Einleitend sei gesagt, daß Herr De'mburg seine Tätigkeit bei De'mburg nicht abstreitet. Seine journalistischen Erzeugnisse belügen uns, daß er sich an der arionischen Stelle befindet.

## Arbeiterkontrollen für Bauten.

Um die Einhaltung der Arbeiterkontrollbestimmungen auf Bauten zu überwachen, wurde im Dezember d. J. durch den Staatsminister für das Wohnungswesen die Eingabe von Bauverträgen zu den Baukontrollen angeordnet. Nunmehr hat der Staatsminister für das Wohnungswesen den Regierungspräsidenten das Muster zu einer Dienstausweisung zugehen lassen, aus dem folgende Bestimmungen hervorgehen werden:

Ihre Kontrolle werden unterliegenden Bauarbeiten aller Art, die Herstellung von Neubauten, die Ausführung von Umbauten und baulichen Veränderungen, Abbrucharbeiten sowie die Aufstellung von Gerüsten usw. Die Überwachung erstreckt sich auf Beobachtung der Schutzvorschriften, sowie auf Einhaltung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften. Auch sollen die Arbeiterkontrollen für die Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeiter Sorge tragen. Sie haben ferner darauf zu achten, daß durch Verwendung guter Baustoffe eine sichere Bauausführung gewährleistet wird, daß die angewendeten Gerüstbauten, insbesondere Baumstämme und Gerüste gesondert besichtigt und in gutem Zustande erhalten werden und namentlich auch bei Abbrucharbeiten mit der nötigen Vorsicht vorgegangen wird. Der Arbeiterkontrollen ist verpflichtet, jede Art von Mängeln zur Kenntnis der Ortspolizeibehörde zu bringen. Für die Dauer ihres Amtes dürfen die Arbeiterkontrollen selbst das Bauhandwerk nicht ausüben, noch Privatarbeiten für das Baugewerbe übernehmen.

## Die Steuerpflicht der Gewerkschaftsbeiträge.

Auf eine Anfrage an den preussischen Finanzminister ist dem Bundesvorstand des „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes“ mitgeteilt worden, daß die Frage, ob Gewerkschaftsbeiträge bei der Steuerveranlagung als abzugsberechtigt bzw. ob Gewerkschaftsunterstützungen als steuerpflichtig gelten, bei der kommenden Reform der Einkommensteuergesetzgebung unter Würdigung der hierfür vorgebrachten Gründe erneut geprüft werden wird.

Die Beschleunigung dieser Prüfungen wäre dringend zu wünschen. Die öffentliche Bewertung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten hat mit der Revolution eine grundsätzliche Veränderung erfahren. Sie gelten heute im Bereiche mit den Behörden als die gegebenen Vertretungen der Arbeitnehmer, und die Mitgliedschaft eines Arbeiters in einer Gewerkschaft gilt in der gesamten Öffentlichkeit für ebenso selbstverständlich, wie seine Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse. Die offizielle Anerkennung dieses Zustandes durch die Gleichstellung der Gewerkschaftsbeiträge mit den Beiträgen zu den sozialen Versicherungen in steuerlicher Beziehung ist daher längst fällig. Mit den üblichen Verzögerungen auf „wohlwollende Erwägung“ ist in der gegenwärtigen Zeit, angesichts der Notlage und der ungeborenen Steuerbelastung der arbeitenden Massen nichts getan.

## Groß-Berlin.

### Die Heimkehrenden.

Langsam, keckelweise kommen sie zurück. Schnell erwartet. Unsere Kriegsgefangenen touren schon lange auf den Augenblick, wo sie deutschen Boden betreten und der Heimat zustreben können. Und als der Friedensvertrag geschlossen wurde, glaubten alle, binnen einigen Tagen aus der Gefangenschaft erlöst zu werden. Aber sie mühten noch eine harte Geduldsprobe durchzumachen. Und nicht nur unsere Gefangenen, sondern auch ihre Angehörigen verschlangen täglich alle Nachrichten über die Rückkehr der Kriegsgefangenen. Nun ist der Abtransport eingeleitet. Die so sehr verlaumdete Engländer sind die ersten, die schon vor der endgültigen Ratifizierung die Gefangenen heimfenden. Und da zeigen sich gleich die Folgen des Krieges, die große Mangel an Transportmitteln herbeigeführt haben. Auf einmal ist die Massenrückbeförderung nicht zu bewältigen.

Inzwischen warten daheim die Gattinnen, die Mütter, die Bräute, die Kinder. Wirkenden Familien die Eingangstüren zu den heimatischen Wohnungen und selbst an Häusern prangen die Willkommenstafeln. Die Aufregung steigt von Tag zu Tag. Wird er heute kommen oder morgen, oder übermorgen. Wie wird er aussehen? Und was wird er sagen? Diese und viele andere Fragen werden täglich aufgeworfen. Die ganze Unterhaltung in der Familie dreht sich nur um den Heimkehrenden.

Wo alles gesund geblieben ist, ist die Erregung eine freundliche. Anders, wo das eine oder andere Familienmitglied durch die Unterernährung ein Opfer des elenden Krieges geworden ist, wo die Frau, das Kind, die Mutter, die Braut unter dem Rasen liegen, wo Brüder den Tod im Felde gefunden haben und nun fehlen, wo der Gram über diese Verluste die Eltern gebengt hat.

Und doch: Wie steht es dort aus, wo der Vater oder der Sohn nicht mehr heimkehren, wo man nicht einmal weiß, wo sie geblieben. Dort kauft langsam die Hoffnung auf, vielleicht ist er doch unter den Zurückkehrenden. Vielleicht ist er doch dem Tode entronnen, vielleicht war die amüßliche Meldung von dem Tode doch ein Irrtum. Tausende sind es, die sich an diesen Strohalm klammern, obwohl eine solche Hoffnung nur eine eingebildete ist.

Die Heimkehrenden werden sich erst neu orientieren müssen. Sie werden erfahren, welche ungeheuren schädlichen Folgen der entsetzliche Krieg hinterlassen hat. Sie werden hören, daß das revolutionäre Proletariat im Vorjahre dem Norden Einhalt geboten hat, wie es die politische Macht ergriff und wie es im Laufe der Monate diese Macht wieder verlor, nicht zuletzt durch die verdrängende Haltung der Rechtssozialisten, die den Militarismus wieder „zu Ehren“ brachten und damit die Mächte der Gegenrevolution stärkten.

Der Besetzungszustand ist bei uns zur ständigen Einrichtung geworden. Der Militarismus herrscht und verdirbt sich nur hinter dem Zeigenblatt einer sich sozialistisch nennenden Regierung.

Wenn unsere Zurückkehrenden das alles sehen, werden sie sich kaum eine Atempause gönnen dürfen, sie müssen sich einreihen in die Kampffront des revolutionären Proletariats, das sich und entschlossen seinen Kampf fortsetzt bis zum Ende. Und dieser Kampf bedarf aller Kräfte. In diesem Sinne sollen unsere Heimkehrenden in unseren Reihen willkommenes Geister sein.

Neuzuteilung der Kohlenarten.

Dieser Tage wird von den Groß-Berliner Gemeinden die neue Kohlfarte an sämtliche Haushaltungen ausgeteilt.

Die Zuteilung der neuen Kohlfarte wird an Haushaltungen in Wohnungen mit Ofenheizung erst nach dem Umzugstermin am 1. Oktober erfolgen.

Nach der Freigabe von Abschnitten der neuen Kohlfarte werden die bisher freigegebenen Abschnitte der alten Kohlfarte nicht unmittelbar verfallen.

Die bisher gültige Kundenliste bleibt auch für Abgabe von Braunkohlenbräun auf Abschnitte der neuen Kohlfarte maßgebend.

Als einen kleinen Fortschritt in der Zuteilung von Kohlen kann man es bezeichnen, daß jetzt wenigstens eine Begrenzung der Höchstmenge der Kohlen eintreten soll.

Die Ungültigkeitserklärung der Abschnitte 9 und 10 der alten Kohlfarte erscheint uns aber deshalb unangebracht, weil diese Haushaltungen, die von ihren zur beliefern Kohlenhändlern bezogen wurden, die Kohlen darauf schon davor bekommen haben.

Derartige Entwürfe von der Kohlenstelle abgelehnt, es wäre daher jetzt die Zeit, den Kunden Gelegenheit zu geben, sich anderwärts einzutragen zu lassen.

Aus dem Gemeindeleben.

Rathhof, Ostbahn. In der Gemeindevertretung am 4. September d. J. wurde der auf Wunsch der Vertretung vom Stadtrat eingelegte kommunale Gemeindevorsteher Gussle (S. P. D.) eingeführt.

Die Sitzung der Gemeindevertretung am 4. September d. J. wurde der auf Wunsch der Vertretung vom Stadtrat eingelegte kommunale Gemeindevorsteher Gussle (S. P. D.) eingeführt.

Der Angehellenauskauf wird das Mitbestimmungsrecht in demselben Ausmaß wie den Berliner Hülfsstädten gewährt.

Der Kriegsbildungs- und Kriegshinterbliebenen-Versorgungsstelle wurde außerdem ein Betrag von 20 000 M. zu dem Zwecke überwiesen, die Kriegsbildungs- und Kriegshinterbliebenen durch schnelle Hilfe vor der Not zu schützen.

Bei der Vorlage über die Einrichtung von Hörschulen beantragte unsere Fraktion in den Bestimmungen ungewissen zum Ausdruck zu bringen, daß den Kindern derjenigen, die nicht über einen genügend großen Geldbeutel verfügen, Schulgelderfreiheit gewährt werden soll.

ergab nun das ergiebige Bild, daß der rechtsbürgerliche Gemeindevorsteher Dr. Hölle ganz unbeschäftigt sein Bedauern über die rückschrittliche Tendenz des rechtssozialistischen zentralistischen Schullombromisses zum Ausdruck brachte, welches die Volksschule zur Armenschule degradiert und der Ordens- und Konfessionellen Schullehre weicht.

Fürwahr ein trauriges Schauspiel. Rechtsbürgerliche müssen denken, die sich auch Sozialisten nennen, ihre rückschrittliche Schulpolitik vorhalten.

Aus den Organisationen.

Reuhöfen. Die Referenten und Helfer zur Landtagung treffen sich am Donnerstag abend 7 Uhr bei Richter, Prinz-Str. 10, Jorg-Str. 3 (nicht bei Kaffee, Eckstr.).

Vereinskalender.

- Jugendliche Betriebs-Vertrauensleute und Schülerkreise der Job- und Fortbildungsschulen am Dienstag abend um 1/8 Uhr Ballbesprechung im Jugendsekretariat.
Fensterputzer und Wäscherputzer, Branchen-Vereinigung Mittwoch abend 6 Uhr, im Lokal von Helmich, Große Frankfurter Str. 20.
Sozialdemokratischer Werkzeuverein, Generalkonferenz am Montag abend 7 1/2 Uhr im Deutschen Zahnärztlichen Haus, Bülowstr. 104, Kollwitzplatz.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wislapp, Reuhöfen, Verlagsgesellschaft „Freie Welt“, S. M. b. H., Berlin. - Druck bei Lindenbrüder und Verlagsanstalt m. b. H., Schillbuedamm 18.

Schaschka Schegulow

erscheint in der illustrierten Wochenschrift

„Freie Welt“

Jedes Heft 20 Pfennig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Ernst Fritze
Erich Wilke
Friedrich Strohlow
Otto Flasche

Restaurant mit Fremdenloggia und Vereinszimmer
Cutaway, gestreifte Hose, wollene Decken
Gaszurampel
Verkaufe
Hermann Wachs
Möbel

Kaufgesuche
Kupfer
Metallschmelze Cohn
Messing
Kupfer
Wir sind Großkäufer

Quecksilber, Kilo 22 M.
Platinabfälle! Zahngebisse
Kupfer
Wir sind Großkäufer

Kupferdrähte
Metalle
Robel und Litzen
Kupferleitungen, Litzen, Motoren

Spiralbohrer
Detektiv
Kriegshilfen
Auslandspost

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Bezirk Groß-Berlin.
Massenversammlung
Zentralverband der Wirtschaftsfriedlichen

Bettstelle, fast neu, mit 2 Stühlen
Möbelkredit
Moderne
Einrichtungen

Platin! Silber! Münzen!
Metallschmelze Cohn
Platinankauf
Silber, Gold, Münzen

Wir sind Großkäufer
Kupfer
Platinankauf

Kauf-Phonographen-Walzen
Grammophon-Platten, Apparate
Sektorkorken

Parzellen
Verschiedenes
Nowawes.
Schaukelvergnügen

Alte Gebisse
Belle-Alliance-Pl. 6a

Möbel - Gelegenheitskäufe
Einrichtungen

Platin! Silber! Münzen!
Metallschmelze Cohn
Platinankauf

Wir sind Großkäufer
Kupfer
Platinankauf

Kauf-Phonographen-Walzen
Grammophon-Platten, Apparate
Sektorkorken

Parzellen
Verschiedenes
Nowawes.
Schaukelvergnügen

Kleine Anzeigen
Verkaufe
Stoffe
Rauchtabak

Einrichtungen
Möbel - Gelegenheitskäufe
Einrichtungen

Platin! Silber! Münzen!
Metallschmelze Cohn
Platinankauf

Wir sind Großkäufer
Kupfer
Platinankauf

Kauf-Phonographen-Walzen
Grammophon-Platten, Apparate
Sektorkorken

Parzellen
Verschiedenes
Nowawes.
Schaukelvergnügen

Arbeitsmarkt
Tiere
Lumpensortierer
Botenfrauen
Sped. Wutzky
Zeitungsfrauen
Tiermarkt